

DEUTSCHE IM AUSLAND - FREMDE IN DEUTSCHLAND

Als bedrohlich erlebt die Gegenwart nur, wer die Geschichte nicht kennt  
Wanderungsbewegungen in Vergangenheit und Gegenwart

(df) Die Angst vor dem wachsenden Zuwanderungsdruck aus den Ländern der Dritten Welt und des ehemaligen Ostblocks ist unter den Deutschen weitverbreitet. Als bedrohliche Ausnahmesituation erlebt die Gegenwart aber nur, wer die Geschichte nicht kennt. Die Bewegung von „Menschen über Grenzen“ und die Begegnung ihrer Kulturen sind in der Geschichte nicht Ausnahme, sondern die Regel. Wanderungsbewegungen, so zeigt sie, hat es schon immer gegeben.

Einzigartig sind jedoch die Größenordnungen der modernen „Völkerwanderungen“ in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts: Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur deutschen Vereinigung kamen insgesamt etwa 15 Millionen Vertriebene, Flüchtlinge, Übersiedler und Aussiedler nach Westdeutschland. Zählt man die rund 4,8 Millionen starke „ausländische Bevölkerung“ dazu, dann macht die Zuwanderung seit 1945 rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung Westdeutschlands aus. „Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland“ lautet der Titel eines von Klaus J. Bade, Professor für Neueste Geschichte und Leiter des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien der Universität Osnabrück, in der C.H. Beck'schen Verlagsbuchhandlung, München, herausgegebenen Buches, das die Bedingungen solcher Wanderungen in Geschichte und Gegenwart analysiert.

Lange Zeit war Deutschland ein reines Auswanderungsland. Es gab zwei große Strömungen, die kontinentale Auswanderung nach Osten und die Westströme nach Übersee. Die kontinentalen Ostströme sind nur wenig bekannt und erst wieder durch den Aussiedlerzustrom der letzten Jahre in das Geschichtsbewußtsein der Öffentlichkeit zurückgekehrt. Dabei sind sie zum Teil wesentlich älter als die Westströme und begannen bereits im 6. Jahrhundert, zu karolingischer Zeit. Bekannte Beispiele für die deutsche Ostsiedlungsbewegung waren die Wanderungen der Siebenbürger Sachsen im Mittelalter oder die Züge der Banater Schwaben, die im 18. Jahrhundert nach Rumänien übersiedelten. Auch nach Rußland, Jugoslawien und Ungarn verschlug es viele Deutsche.

Während deutsche Auswanderungen nach Übersee im 17. und 18. Jahrhundert noch eine untergeordnete Rolle spielten, kam es im Verlauf des kri-

senhaften Übergangs von der Agrar- zur Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert zu einem „deutschen Massenexodus“. Rund 90 Prozent aller Auswanderer hatten die USA zum Ziel, wo sie sich ein besseres Leben ohne wirtschaftliche Not erhofften. Zwischen 1820 und 1930 wanderten etwa 5,9 Millionen Deutsche in die USA aus. An zweiter Stelle rangierte Kanada, gefolgt von den lateinamerikanischen Ländern, Australien und Neuseeland.

Doch auch Wanderungen nach Deutschland gab es bereits seit der frühen Neuzeit. Schon damals wurden unerwünschte Fremde ausgegrenzt, so etwa die aus dem Osten zugewanderten Zigeuner, die um das Jahr 1400 erstmals in dem Gebiet, das heute Deutschland umfaßt, eintrafen. Beliebter als diese „unheimlichen Fremden“ waren die Glaubensflüchtlinge aus Westeuropa, etwa Hugenotten, Calvinisten, Salzburger Protestanten und Waldenser, die in der Funktion von „Entwicklungshelfern“ das wirtschaftliche und kulturelle Leben ihres Aufnahmelandes bereicherten.

Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert war Deutschland Auswanderungsland und wurde zugleich „Arbeitseinfuhrland“. Im Zuge der voranschreitenden Industrialisierung begann die Geschichte der „modernen Ausländerbeschäftigung“ in Deutschland, denn der Bedarf an industriellen und landwirtschaftlichen Arbeitskräften war, nicht zuletzt wegen des „Massenexodus nach Übersee“, nicht mehr mit einheimischen Kräften zu decken. Bereits 1870 wurden polnische Arbeiter von der Bergbauindustrie im Ruhrgebiet angeworben. Ausländische Arbeitskräfte galten als „billig und willig“, und so wuchs die Ausländerbeschäftigung in Deutschland ab 1890 zur Massenbewegung heran, die ihren Höchststand 1914 mit etwa 1,2 Millionen „ausländischen Wanderarbeitern“ erreichte.

Zur Zeit des Nationalsozialismus verließen aus rassistischen, weltanschaulichen und politischen Gründen Verfolgte zu Hunderttausenden das Reich und flohen in rund 80 Emigrationsländer auf der ganzen Welt. Gleichzeitig begann der nationalsozialistische „Ausländereinsatz“: Während des Zweiten Weltkrieges wurden Millionen ausländischer Kriegsgefangener und Zivilarbeiter, die größtenteils aus Rußland, Polen und Frankreich kamen, zur Zwangsarbeit in Industrie und Landwirtschaft verpflichtet. Bis zum Sommer 1944 war ihre Zahl auf 7,8 Millionen angestiegen, so daß knapp 30 Prozent aller im Reich Beschäftigten Ausländer waren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann mit der Austreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze sowie aus Ost- und Südeuropa eine riesige Bevölkerungsbewegung in Richtung Westen. Im Oktober

1946 wurden in den vier Besatzungszonen über 9,6 Millionen aus ihrer Heimat vertriebene Deutsche gezählt. 1950 hatte sich der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung um weitere zwei Millionen auf 16,4 Prozent erhöht. Dieser gewaltige Zustrom aus dem Osten warf für das zerstörte und besetzte Rest-Deutschland kaum lösbare Probleme auf, bis Ende der sechziger Jahre die Integration der Vertriebenen in der Bundesrepublik abgeschlossen war.

Im ersten Nachkriegsjahrzehnt setzte eine neue Auswanderungswelle ein nach Übersee und in andere westeuropäische Länder. 1955 schloß die Bundesrepublik mit Italien die erste Vereinbarung über die Anwerbung und Vermittlung von Arbeitskräften, so daß die Bundesrepublik in den fünfziger Jahren Aus- und Einwanderungsland zugleich war. Dennoch unterschied sie sich von einem „klassischen Einwanderungsland“, da ein großer Teil der Zuwanderer nicht das Recht hatte, auf Dauer zu bleiben. Ab 1960 folgten Anwerbevereinbarungen mit Spanien und Griechenland, der Türkei und Portugal und zuletzt 1968 mit Jugoslawien. Bis zum „Anwerbestopp“ 1973 wuchs die ausländische Erwerbsbevölkerung auf rund 2,6 Millionen an. Durch den Anwerbestopp wurde zwar die Ausländerbeschäftigung gesenkt, doch gleichzeitig stieg die Zahl derer, die im Land bleiben und ihre Familien nachkommen ließen. Folglich nahm die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung insgesamt zu, so daß die Bundesrepublik Ende der siebziger Jahre plötzlich vor einer „echten Einwanderungssituation“ stand, ohne jedoch ein Einwanderungsland zu sein.

Ende der achtziger Jahre wurde die „neue Einwanderungssituation“ zusätzlich geprägt durch den Zustrom von DDR-Flüchtlingen, Übersiedlern und Aussiedlern aus Ost- und Südeuropa sowie durch den starken Andrang asylsuchender Flüchtlinge aus Europa und der Dritten Welt. Der anhaltende Zuwanderungsdruck von außen sowie die Unübersichtlichkeit der neuen Einwanderungssituation, in der sich verschiedene Problemkreise zum Teil aggressiv überschneiden, machen einem Teil der Bevölkerung Angst. Um dieser zu begegnen und um mit dem gegenwärtigen und zukünftigen Wanderungsgeschehen adäquat umgehen zu können, fordert Bode Konzepte für eine sinnvolle Einwanderungs-, Integrations- und Minderheitenpolitik in einem „Einwanderungsland neuen Typs“.